

den Prozessen der Entspannung in Europa entstehen objektive Möglichkeiten einer breiteren friedlichen Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen und kapitalistischen Länder. Es besteht kein Zweifel, daß solche Bewegungen von der aktiven friedliebenden Außenpolitik der sozialistischen Länder in Europa angeregt werden, die immer mehr Beziehungen der Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern des Westens aufnehmen. Veränderungen solcher Art deuten Möglichkeiten für eine langfristige positive Entwicklung in Europa an, die unter anderem auch auf einer immer breiteren Bestätigung der Ideen und der Praxis des Sozialismus beruhen. All dies verlangt, neue Wege und Formen der internationalen Verbindungen zu finden, und schafft anhaltendere Grundlagen für eine positive Entwicklung in Europa.

Die gesellschaftliche Entwicklung in den westeuropäischen Ländern beweist den immer stärker und breiter werdenden Einfluß der Arbeiterklasse. Er kommt in den Anfängen einer breiteren Sammlung der demokratischen und progressiven Kräfte, in der Differenzierung der gesellschaftlichen Kräfte, in der Veränderung der Beziehungen und der Herstellung einer Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und den anderen Arbeiterparteien, progressiven Kräften und Bewegungen zum Ausdruck. Das schafft auch die Bedingungen für gemeinsame Aktionen breiter Schichten des Volkes und politischer Faktoren im Rahmen eines jeden Landes und in Europa als Ganzes, im Kampf für Frieden und Sicherheit.

Auf diese Art und Weise werden Bedingungen für eine allmähliche Isolierung der noch immer vorhandenen und aktiven aggressiven, revanchistischen und militaristischen Kräfte im europäischen Raum geschaffen. Dabei haben wir im Auge, daß die bisherige Politik der Bundesrepublik Deutschland ein Hindernis für die Entspannung und die Entwicklung einer intereuropäischen Zusammenarbeit war und daß sie als solche eine Niederlage erlitten hat, auf der internationalen Ebene in die Isolierung geriet und Schwierigkeiten innerhalb des Landes hatte. Diese Lage zwingt sie dazu, sich den entstandenen Veränderungen anzupassen. Wir betrachten heute die Politik der neuen Regierung der Bundesrepublik Deutschland von dem Standpunkt aus, inwieweit sie in der Tat bereit ist, die Hallstein-Doktrin zu verwerfen, den Alleinvertretungsanspruch und die Forderung auf Revision der Grenzen aufzugeben, auf eine nukleare Bewaffnung zu verzichten, den Neonazismus unmöglich zu machen und Quislingen und faschistischen Kräften anderer Länder auf ihrem Territorium keinen Zufluchtsort und keine Hilfe zu gewähren. (Beifall.)